

Bürgerdialog - Fragen von sli.do

Themenkomplex: AdR

Auf welche der vielen Krisen konzentriert sich der Ausschuss der Regionen?

Die Aufgabe des AdR beschränkt sich nicht nur auf die Reaktion von Rechtsetzungsvorschlägen in seinen rechtlichen Zuständigkeiten, sondern es werden durch Initiativstellungen und Entschlüsse auch aktuelle Krisen und Entwicklungen, wie zum Beispiel der Brexit, die EU-Türkei-Beziehungen oder die Katalonien-Frage, aufgenommen und behandelt.

Welche Kompetenzen hat der Ausschuss der Gemeinden und Regionen überhaupt? Gibt es praktische Beispiele aus unsere Region?

Der AdR hat eine beratende Funktion. Er berät die EU-Organe bei ihren Entscheidungen und soll insbesondere den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten stärken - eines der Hauptziele der EU. Die Zuständigkeit des Ausschusses der Regionen leitet sich dabei aus den im EU-Vertrag verankerten Politikbereichen ab:

Beschäftigung, Berufsbildung, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Sozialpolitik, Gesundheit; Bildung und Kultur; Umwelt, Klimawandel, Energie; Verkehr und transeuropäische Netze; Zivilschutz und Dienste von allgemeinem Interesse;

Wir reden oft von Europa der Regionen, aber was bedeutet das konkret? Welche Rolle kann und soll Niedersachsen im Ausschuss spielen?

Als regionale oder lokale Mandatsträgerinnen und -träger leben die AdR-Mitglieder in ihren Regionen und befördern die Informationen der EU zu den Bürgerinnen und Bürgern und umgekehrt. Der AdR fungiert durch die Expertise seiner Mitglieder und die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern als Brücke zwischen den europäischen Institutionen (Rat, Kommission und Parlament) und den Regionen, Städten und Gemeinden der Mitgliedstaaten. Niedersachsen ist im AdR im Fachausschuss für Umwelt, Klimawandel und Energie sowie im Fachausschuss für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen vertreten.

Konkret hat sich Niedersachsen zum Beispiel aktiv für den Schutz der niedersächsischen Stahlindustrie oder für eine angemessene finanzielle Ausstattung Niedersachsens mit EU-Fördermitteln auch in der nächsten Förderperiode ab 2020 eingesetzt.

In welche "Regionen" ist die BRD denn aufgeteilt?

Die „Regionen“ entsprechen in der Föderalstruktur Deutschlands den deutschen Ländern.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der einzelnen Regionen Europas im AdR hinsichtlich inhaltlicher thematischer Gemeinsamkeiten? Kommt man mit den AdR Mitgliedern aus den anderen Ländern auf einen Nenner? Überwiegend Gemeinsamkeiten oder mehr die Unterschiede?

Die Gestaltung der Zusammenarbeit mit den anderen Regionen gestaltet sich sehr gut. So organisiert Niedersachsen zum Beispiel seit 15 Jahren im Rahmen der sog. „Europäischen Woche der Regionen und Städte“ zusammen mit seinen Partnern aus Dänemark, Norwegen, Polen, den Niederlanden und Großbritannien gemeinsame Workshops und tauscht sich fachlich aus.

Auch im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Niederlanden funktioniert die Zusammenarbeit hervorragend. Trotz mancher Differenzen versucht man im AdR – wie auch sonst auf europäischer Ebene – Entscheidungen im Konsens zu treffen. In der Summe überwiegen die Gemeinsamkeiten.

Wieso wird der Ausschuss der Regionen gerade medial nur so wenig wahrgenommen?

Der Ausschuss der Regionen macht eine umfangreiche Pressearbeit. Jedoch stehen die Themen in den regionalen und lokalen Medien oft in Konkurrenz zu anderen wichtigen welt- oder lokalpolitischen Themen und finden deswegen leider oft weniger Beachtung.

Wie sind die 350 Sitze des Ausschusses aufgeteilt?

Der AdR setzt sich aus 350 Vertreterinnen und Vertretern der Regionen aus den 28 Mitgliedstaaten zusammen, von denen zum Beispiel Deutschland 24 Mitglieder, Belgien 12 Mitglieder und Malta 5 Mitglieder stellt. Die Festlegung der Mitgliedergröße einer Nationalen Delegation wurde aus einem Schlüssel von Einwohnerzahl und anderen politischen Faktoren ausbalanciert.

Sind die Sitzungen des AdR öffentlich, könnte man also vor Ort zuhören?

Ja, die Plenartagung des AdR ist öffentlich und kann auch per Livestream im Internet verfolgt werden. Nicht öffentlich sind die Sitzungen der Fachkommissionen und der politischen Fraktionen

Gibt es Sitzungsprotokolle Ihrer Treffen? Gibt es öfftl. Planungsunterlagen?

Ja, es gibt Sitzungsprotokolle. Die Tagesordnungen und Stellungnahmen und weitere Dokumente sind online zugänglich: <http://cor.europa.eu/de/documentation/Pages/index.aspx>

Wie verbindlich wird das heutige Abstimmungsergebnis transportiert, gerade auch mit Blick auf einen evtl. Regierungswechsel in NI?

Das Abstimmungsergebnis wird ebenso auf den Internetseiten transparent veröffentlicht.

Warum werden die Diskussionen der Kommunen nicht in die Parlamente zur Unterstützung getragen?

Die deutschen lokalen Gebietskörperschaften sind im AdR jeweils durch eine Vertreterin/einen Vertreter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages vertreten. Durch diese werden die Diskussionen und Belange der Kommunen in den AdR getragen.

Was kann der Ausschuss der Regionen für moderne Verkehrskonzepte ausrichten?

Der AdR kann die Vorschläge der Europäischen Kommission zu diesem Thema aktiv mit seiner Expertise mitgestalten bzw. eigene Initiativen starten.

Themenkomplex: Junge Menschen

Wieso wird zu wenig Werbung für das European Young Event in Straßburg gemacht, was den jungen Menschen aus ganz Europa eine super Plattform zum Austausch bietet?

Das European Young Event als eine Veranstaltung des Europäischen Parlaments findet im Jahr 2018 zum dritten Mal statt. Die Möglichkeit, sich für das European Young Event 2018 in Straßburg zu registrieren, ist gerade erst seit dem 10. Oktober 2017 (mit einer Frist bis zum 31. Dezember) eröffnet worden. Die Werbung dafür erfolgt vor allem über die sozialen Medien und

über das Internet. Wenn diese Werbung aus Ihrer Sicht nicht ausreicht, wäre es sinnvoll, sich z. B. an die niedersächsischen Europaabgeordneten zu wenden und sie darum zu bitten, in den Regionen noch ausführlicher über das Event zu informieren. Nähere Informationen unter: <http://www.europarl.europa.eu/european-youth-event/en/home.html>

Gibt es Projekte, um gerade jungen Menschen den Mehrwert der EU aufzuzeigen? Beispiel Digitalisierung, Jugendarbeitslosigkeit, Transfer von Dienstleistungen

Die EU hat die besondere Rolle und die Chancen von Social Media und Internet-Kommunikation zur Erreichung junger Menschen und zur Vermittlung der europäischen Idee an vielen Stellen erkannt. Für Informations- und Kommunikationsaufgaben wird daher verstärkt auch auf diese Kanäle gesetzt.

Beispielsweise im Bildungsbereich mit eTwinning, einer EU-Initiative, die Schulen aus Europa über das Internet miteinander vernetzt. Die Online-Plattform ermöglicht es Teilnehmern Projektpartner zu finden, miteinander zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten. Auch im Programm für Bildung, Jugend und Sport, ERASMUS+ spielen Aspekte der Digitalisierung, der Jugendarbeitslosigkeit und besonders die Mobilität auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle.

Die Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit zählt zu den drängendsten Aufgaben in Europa. Vor diesem Hintergrund wurde 2016 der sog. „Bratislava-Fahrplan“ ins Leben gerufen. Eine Investition in die Jugend, um bessere Bildung, Ausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten in Europa zu bieten. Das Problem der Arbeitslosigkeit spielt zudem in vielen Programmen der EU eine große Rolle, beispielsweise auch im Forschungsrahmenprogramm.

Eine weitere Initiative der EU, mit der der Mehrwert Europas gerade auch für junge Menschen herausgearbeitet werden sollte, ist die Abschaffung der Roaming-Kosten in Europa seit Juni 2017. Hierdurch kosten Handy-Telefonate, SMS-Versand und das Surfen im Internet im EU-Ausland nicht mehr als zuhause.

Was halten Sie von den einheitlichen Abschlusstiteln des Bachelor, wenn doch die Studienbedingungen und -inhalte gar nicht vergleichbar sind?

Bachelor und Masterstudiengänge sind eine noch relativ neue Entwicklung. Ihre Geburtsstunde war 1999 in Bologna, als beschlossen wurde, die Studienabschlüsse in Europa zu vereinheitlichen. Die EU-Staaten hatten bis dahin sehr unterschiedliche Bildungssysteme mit einer Fülle verschiedener Abschlüsse. Das erschwerte den Vergleich von Qualifikationen sowie die Einschätzung, welche Kompetenzen ein im EU-Ausland erworbener Abschluss beinhaltet. Durch die Neustrukturierung sollten die Studienzeiten verkürzt, die Berufsqualifizierung verbessert und die Mobilität der Studierenden gefördert werden.

Diese Ziele halte ich für unterstützenswert, auch wenn es sicher noch Verbesserungsbedarf gibt. Es geht bei den Bachelor- und Masterabschlüssen um die Festlegung eines Qualifikationsniveaus. Die Frage, ob die Studienbedingungen und -inhalte im Einzelnen vergleichbar sind, ist dabei nicht entscheidend. Auch bei den vorherigen Abschlüssen in Deutschland wie Magister oder Diplom waren die Studienbedingungen und -inhalte nicht immer gleich. In der Zwischenzeit hat sich der Bachelor besonders in der Wirtschaft vielerorts als anerkannter Abschluss etabliert.

Die EU-Kommission hat sich aktuell ebenfalls wieder der Thematik der Hochschulbildung angenommen. Derzeit führt die EU eine Konsultation und europaweite Diskussion für eine Modernisierung in der Hochschulbildung durch. Zwar liegt die Zuständigkeit für Hochschulbildung in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, die EU kann die Mitgliedstaaten allerdings bei ihren Bildungsreformbemühungen unterstützen. Ziel der Agenda ist es, durch

einen europaweiten Dialog, politische Zusammenarbeit, Informationsaustausch und Programmfinanzierungen die Hochschulbildung europaweit zu verbessern. Ein Bereich ist hierbei auch die bessere Vernetzung der Bildungssysteme. Einen weiteren Bereich beschreibt das derzeit ganz aktuell diskutierte EU-Konzept eines „Graduate Tracking Systems“, dessen Ziel es sein soll, mehr Informationen über Berufs- und Karrierewege von Hochschul- und Berufsschulabsolventen europaweit zu sammeln, strategisch auszuwerten und anonymisiert bereitzustellen. Das Ziel dieser Datenerhebung ist ebenfalls u.a. eine Verbesserung der Abstimmung der Fähigkeiten der Absolventen und die Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt.

Warum werden nur so wenige finanzielle Mittel (ca. 1% des EU Haushaltes) für jugendpolitische Maßnahmen eingesetzt?

Insgesamt wird für die Unterstützung von Jugendlichen deutlich mehr als nur 1% des EU-Haushaltes eingesetzt. Im EU-Haushalt sind spezielle Programme für junge Menschen in Europa vorgesehen. Neben solchen, die ihnen u.a. Gelegenheit bieten, im Ausland Berufserfahrung zu sammeln oder zu studieren, gibt es auch EU-Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die wichtigsten Finanzierungsquellen für jugend- und bildungspolitische Maßnahmen sind das Programm Erasmus + (mit ca. 2,1 Mrd. Euro im Jahr 2017), die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (ca. 8,4 Mrd. Euro von 2014-2020) sowie andere Aktionen zur Förderung der Jugendbeschäftigung über den Europäischen Sozialfonds (ESF) – im Zeitraum 2014-2020 6,3 Mrd. EUR direkt für Maßnahmen zur Förderung der Jugendbeschäftigung und rund 27 Mrd. EUR für Bildungsmaßnahmen und -reformen.

Themenkomplex: Rechtspopulismus

Wie kann die EU auf wachsenden Rechtspopulismus reagieren?

Die EU gründet auf gemeinsamen europäischen Werten: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Rechtspopulisten stellen sich hingegen als Verteidiger nationaler Werte und Kämpfer gegen angebliche multikulturelle Überfremdung dar. Sie schüren Ängste und bieten – wenn sie überhaupt etwas anbieten! – scheinbar einfache Lösungen für die Herausforderungen einer immer komplexeren Welt an. Vielfalt und Verschiedenheit sind aber eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und keine Bedrohung. Wir müssen die Idee Europas als völkerverbindendes und friedentiftendes Ideal wieder stärker den Menschen vermitteln und wir müssen gleichzeitig Perspektiven für die Menschen schaffen, die das Gefühl haben, in unserer Gesellschaft nicht angekommen zu sein.

Themenkomplex: Brexit

Welcher Brexit ist für unsere Region am besten?

Der Brexit wird für alle Mitgliedstaaten in Europa einen Einschnitt bedeuten, unabhängig davon, welche Vereinbarungen für den Austritt Großbritanniens getroffen werden. Gleichwohl wäre es gerade auch für Niedersachsen wünschenswert, die Frage nach den Bürgerrechten, sowohl der Britischen- als auch der EU-Bürgerinnen und Bürger, und das Zollregime so partnerschaftlich zu regeln, dass zukünftige Beziehungen zwischen den Parteien unproblematisch möglich bleiben.

Hat Schottland gute Aussichten auf einen Beitritt in die EU?

Diese Frage steht zunächst unter der Bedingung, dass Schottland sich tatsächlich aus dem Vereinigten Königreich löst. Sollte dies geschehen, gibt es kein Regelwerk für den Beitritt eines solchen neuen Landes. Demnach müsste nach dem aktuellen Rechtsstand Schottland das übliche Beitrittsprozedere durchführen, welches einige Jahre dauern kann.

Themenkomplex: Flüchtlinge

Inwieweit unterstützt die EU die Mittelmeermitgliedstaaten momentan bzgl. der ankommenden Flüchtlinge?

Es gibt durchaus erste gute Ansätze – so wurden etwa in den letzten zwei Jahren circa 30.000 Flüchtlinge, die in Griechenland oder Italien angekommen sind, in andere EU-Länder umgesiedelt, und auch die neue Europäische Agentur für Grenzschutz und Küstenwache hat zu einer wirksameren Kontrolle unserer Außengrenzen beigetragen, um jetzt nur zwei Beispiele zu nennen. Dennoch ist der Druck auf die beiden Länder weiterhin groß, und deshalb sind alle EU-Staaten gefordert, unsere Partner zu unterstützen.

Wie will die EU zukünftig mit dem Ansturm der flüchtenden Menschen umgehen?

Die EU-Kommission und auch Deutschland dringen zurecht auf ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, das seinen Namen verdient. Dazu gehören u.a. verpflichtende Verteilmechanismen von Flüchtlingen, was aber in einzelnen Staaten wie Polen oder Ungarn auf großen Widerstand stößt. Wir dürfen hier nicht locker lassen, sondern müssen weiter für ein solidarisches Europa eintreten.

Liegt ein gemeinsames Handeln aller EU-Mitgliedstaaten in der Flüchtlingskrise überhaupt im Bereich des Möglichen?

Die Flüchtlingskrise ist eine globale Krise und kann deshalb von keinem Nationalstaat allein bewältigt werden, das ist ganz klar. Wir müssen immer wieder unterstreichen, dass in diesem Bereich nur gemeinsames Handeln zielführend ist – und gemeinsames Handeln bedeutet nun mal, dass jeder seine Hausaufgaben macht anstatt sich nur die Sahnestücke herauszupicken.

Wie ist es mit den Werten der EU vereinbar, dass die EU einen Grenzzaun im Sudan baut und zur Errichtung des Zaunes mit autokratischen Staaten zusammenarbeitet?

Ich würde mir wünschen, dass wir insgesamt mehr dafür tun, Fluchtursachen an der Wurzel zu bekämpfen anstatt Fluchtwege zu beseitigen. Denn wer sich in großer Not befindet, der wird immer nach neuen Wegen in ein besseres Leben suchen, und das ist menschlich ja auch völlig nachvollziehbar.

Themenkomplex: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Wie können Arbeitnehmerrechte noch besser in der EU durchgesetzt werden?

Aktuell wird die EU-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen überarbeitet. Mit der Reform soll die Richtlinie dahingehend geändert werden, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen für Dienstleistungserbringer gewährleistet und gleichzeitig die entsandten Arbeitnehmer besser geschützt werden. In diesem Zusammenhang wird auch über die Festlegung spezifischer Regeln für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor beraten.

Zudem hat die EU-Kommission im April 2017 einen Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Säule sozialer Rechte veröffentlicht. (s. Beantwortung Themenkomplex Soziale Ungleichheit)

Themenkomplex: Europäische Identität

Wie schaffen wir es, dass die EU-Bürger ein Europäisches Gefühl empfinden können?

Der europäische Zusammenhalt ist, insbesondere durch die Brexit Entscheidung in Großbritannien, bereits deutlich gestiegen. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten und eine transparente Kommunikation dessen, was in Brüssel geschieht, kann der europäische Gedanke noch weiter verbreitet werden.

Was würde den Zusammenhalt Europas und eine europäische Identität stärken? Was macht EU-Bürger resistent gegen Spaltung- und Nationalismusbemühungen?

Diese Frage kann ebenfalls dadurch beantwortet werden, dass Transparenz in der Kommunikation das probateste Mittel ist, um die Bürgerinnen und Bürger Europas zusammenzubringen. Im Übrigen ist es eine Frage der Schaffung von Chancengleichheit und der Möglichkeit sich in die europäische Gemeinschaft einzubringen, die Abspaltungstendenzen verhindert. Gleiches gilt für das Erstarken nationalistischer Strömungen, die auf der Angst vor einer undurchschaubaren globalisierten Welt basieren.

Themenkomplex: Handel

Was denken Sie über die TTIP Verhandlungen? Und sollte es Freihandel oder doch Handelsbeschränkungen innerhalb der EU geben?

Die EU ist ein einheitlicher Markt, ein europäischer Binnenmarkt, d. h. innerhalb Europas gibt es keine Handelsbeschränkungen. Der freie Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen ist eine der größten Errungenschaften der EU. Dies steht nicht zur Disposition.

Protektionismus schadet allen, denen, die sich abschotten und denen, die keinen Zugang auf fremde Märkte haben. Gegenwärtig sind die Verhandlungen mit den USA über TTIP ausgesetzt. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Verhandlungen wieder aufgenommen werden würden. Der US-Markt ist weltweit der größte und für Deutschland und die EU von großer Bedeutung. Der freie Warenaustausch hat sowohl die EU als auch die USA vorangebracht. Daran sollten wir anknüpfen. Wenn allerdings die neue amerikanische Administration immer neue Hürden aufbaut, sollte die EU verstärkt bilaterale Abkommen mit anderen Staaten oder Regionen abschließen.

Themenkomplex: Soziale Ungleichheit

Was macht die EU, um soziale Ungleichheit (Ressourcen- und Chancenungleichheit) zwischen den Mitgliedsländern zu beseitigen und mehr Gerechtigkeit herzustellen?

Die Europäische Kommission legte am 26. April 2017 ein großes „Sozialpaket“ vor, in dessen Zentrum die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) steht. Die ESSR befasst sich mit 20 Rechten und Grundsätzen, mit deren Hilfe faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unterstützt werden. Die Grundsätze und Rechte sind in drei Hauptkategorien unterteilt: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion. In erster Linie richtet sich die ESSR an die Mitgliedstaaten

des Euroraums, sie steht jedoch auch den übrigen EU-Mitgliedstaaten offen. Den teilnehmenden Staaten soll ein Rahmen zur Orientierung geboten werden. Die in der ESSR enthaltenen Grundsätze und Rechte sind von der EU nicht unmittelbar durchsetzbar. Für zahlreiche Gebiete sind vorrangig oder ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig.

Themenkomplex: Weißbuch

Mehr Markt oder mehr soziale EU?

Beide Attribute schließen sich nicht für eine erfolgreiche Zukunft der EU aus. Vielmehr gehen sie Hand in Hand, da ein starker Markt Arbeitsplätze und Wohlstand schafft und ein sozial gerechteres Miteinander die Chancen und die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger erhöht.

Bezüglich des Weißbuchs der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas: Welchen Vorschlag unterstützt die Deutsche Bundesregierung momentan tendenziell?

Die Bundesregierung hat noch keine offizielle Stellungnahme zum Weißbuchprozess veröffentlicht. Eine solche Stellungnahme ist, auch aufgrund der Rede des französischen Staatspräsidenten Macron zur Zukunft der EU, nach der Regierungsbildung Ende 2017 oder Anfang 2018 zu erwarten

Themenkomplex: Digitalisierung

Welche Maßnahmen werden ergriffen die Digitalisierung in der EU weiter voranzutreiben?

Der estnische Ratsvorsitz führt das Thema als eine seiner Prioritäten und hatte am 29. September 2017 zu einem Ratsgipfel in Tallinn geladen, der sich dem Thema Digitalisierung widmete. Der Ratsvorsitz möchte zu einem digitalen Europa mit freiem Datenverkehr beitragen und schrittweise auf grenzüberschreitende, digitale öffentliche Dienste hinarbeiten. Die EU-Kommission setzt in der Umsetzung des digitalen Binnenmarkts z.B. einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung des öffentlichen Sektors und hat einen Aktionsplan für elektronische Behördendienste (eGovernment) 2016-2020 vorgelegt.

Welche Ansätze werden in der EU verfolgt um den Datenschutz besonders im digitalen Bereich sicherzustellen?

Die EU-Kommission verfolgt den Ansatz, das Vertrauen in die Online-Welt zu stärken. Die neuen EU-Vorschriften für den Datenschutz werden im Mai 2018 in Kraft treten, flankiert von Vorschriften für den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation. 2016 hat sie die Richtlinie für die Netz- und Informationssicherheit (NIS) verabschiedet. Sie schreibt ein Mindestsicherheitsniveau für digitale Technologien, Netze und Dienste in allen Mitgliedstaaten vor. Zudem setzt sich die EU-Kommission dafür ein, dass mehr Inhalte im Internet auch grenzüberschreitend zur Verfügung gestellt werden. Bereits ab Frühjahr 2018 werden Abonnements für Filme, Musik, Videospiele und E-Bücher auch auf Reisen in der EU genutzt werden können.

Themenkomplex: Atomkraft

Wie lautet die Vorstellung zum Umgang mit Atomlagern?

Der Bundesrat hat am 31. März 2017 das vom Bundestag initiierte Gesetz zur Novellierung der Standortauswahl gebilligt. Es geht auf Empfehlungen der Endlagerkommission aus dem vergangenen Jahr zurück. Bis 2031 soll in Deutschland ein Ort gefunden sein, an dem hoch radioaktiver Atommüll eine Million Jahre lang möglichst sicher lagern kann. Das Gesetz sieht eine mehrphasige Suche nach einem Standort mit "bestmöglicher Sicherheit" und eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit, insbesondere in den betroffenen Standortregionen vor. Nicht nur hochradioaktive, sondern auch schwach- und mittelradioaktive Abfälle sollen nach den strengen Kriterien eingelagert werden. Zur genaueren Bestimmung der Standortauswahl schreibt das neue Gesetz wissenschaftliche Kriterien vor. Außerdem bestimmt es, dass potenzielle Standorte nicht durch andersartige bergbauliche Maßnahmen unbrauchbar gemacht werden dürfen. Es konnte erreicht werden, dass keine Vorfestlegung auf Gorleben als mögliches Endlager stattfinden, sondern die Suche wissenschaftlichen Kriterien unterzogen werden muss.

Themenkomplex: Bildung

Wird etwas gegen "Ausländerklassen", d.h. einzelne Schulklassen, durch die Kinder mit deutschen und ausländischen Eltern getrennt werden, unternommen?

In Niedersachsen werden Kinder in allgemeinbildenden Schulen nicht nach Migrationshintergrund in Klassen aufgeteilt, dies würde unserem Verständnis von Integration in keiner Weise entsprechen. Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die wenig oder gar kein Deutsch sprechen, brauchen aber zunächst gezielte Unterstützung in der Schule, weshalb hier Sprachlernklassen angeboten werden.

Themenkomplex: Umgang mit Fördergeldern

Warum wird die Verwendung von Fördergeldern in Ländern wie Griechenland nicht besser kontrolliert?

Die Kontrollen unterliegen in allen Mitgliedstaaten gleichen Vorgaben, das ist der Vorteil durch europaweite Regelungen und gilt auch und eben für Kontrollen von Fördergeldern. Wenn ein Mitgliedstaat seinen Kontrollverpflichtungen nicht nachkommt, wird die Kommission verstärkt selbst Prüfungen vornehmen, sie kann die Kontroll- und Prüfdichten für Mitgliedstaaten erhöhen und bis hin zu Mittelkürzungen, sogenannten Finanzkorrekturen, sanktionieren. In der Vergangenheit hatte die Kommission für Griechenland in Förderbereichen, in denen systematische Fehler in den Kontrollen festgestellt wurden, einen entsprechenden „action plan“ aufgestellt, um dem Problem mangelnder Kontrollen und nicht ausreichender Verfahren entgegenzutreten. Ob auch heute die Kontrollen bei EU-Fördermaßnahmen in Griechenland in der Praxis noch geringer sind, ist uns nicht bekannt.

Ergebnis der Umfrage zu den Weißbuchszenarioszenarien (29 Teilnehmerinnen und Teilnehmer)

Szenario 5 (Viel mehr gemeinsames Handeln):	72%
Szenario 3 (Wer mehr will, tut mehr):	14%
Szenario 4 (Weniger, aber effizienter) :	10%
Szenario 1 (Weiter so wie bisher) :	3%
Szenario 2 (Schwerpunkt Binnenmarkt):	0%